

Intervention – vor der Maßnahme

Grenzverletzendes und übergriffiges Verhalten ohne strafrechtliche Relevanz

Werden grenzverletzendes oder übergriffiges Verhalten wie diskriminierende Beleidigungen, Prügeleien, unangemessene Berührungen etc. direkt beobachtet, müssen die Verantwortlichen unmittelbar pädagogisch eingreifen. Dazu zählt bspw. das grenzverletzende Verhalten zu stoppen, das Fehlverhalten zu benennen, auf Regeln hinzuweisen und auf deren Einhaltung zu achten. Welche konkreten Maßnahmen geboten sind, ist abhängig von der jeweiligen Situation.

Besteht ein vager oder begründeter Verdacht von grenzverletzendem oder übergriffigem Verhalten ohne strafrechtliche Relevanz, muss die Situation bestmöglich bearbeitet bzw. geklärt werden. Nicht alle Verdachtsfälle können eindeutig geklärt werden, indem bspw. Betroffene das Geschehene sehr genau schildern können, die Anschuldigung glaubhaft zurückgenommen wird, Beschuldigte die Tat (umfangreich) eingestehen und dazu stehen oder ein Gerichtsurteil die Schuld feststellt. Ein Verdacht gilt als erfolgreich bearbeitet, wenn alle Maßnahmen, die sinnvoll und möglich waren, ergriffen wurden und darauf basierende Folgerungen (bspw. konzeptionelle Änderungen, Ausschluss, ...) umgesetzt sind.

Besprecht euch im Team. Die eigene Leitungsverantwortung muss allen bewusst sein. Eine Kenntnis der relevanten gesetzlichen Regelungen wie zum Beispiel dem Jugendschutzgesetz ist Voraussetzung. Darüber hinaus müssen auch Regeln im Umgang mit Nähe und Distanz bekannt sein.

Disziplinarische Konsequenzen bei Nichteinhaltung der vereinbarten (Verhaltens-) Regeln festlegen

Die Auswirkungen von Fehlverhalten müssen allen (Gruppen-)Leitungen im Vorfeld klar sein.

Umgang mit Alkohol klären

Alkoholkonsum verstärkt grenzmissachtendes Verhalten und schwächt den achtsamen Umgang in der Gruppe; nicht selten dient er auch als „Entschuldigungsstrategie“ („Die hatten was getrunken ...“).

Umgang mit digitalen Medien (insbesondere Handys) klären

(Hilfen bspw. auf www.klicksafe.de)

Regeln und die Konsequenzen gegenüber den Erziehungsberechtigten bekanntmachen

Die Kenntnis und die Akzeptanz der Regeln (z.B. bestätigt durch Unterschrift bei Anmeldung sowohl vom Kind/Jugendlichen) seitens der Erziehungsberechtigten sind notwendige Voraussetzung für die Teilnahme.

Möglichkeiten klären, wie Regeln zum grenzwahrenden Umgang auch mit Teilnehmer*innen festgelegt werden können

Klare Regeln ermöglichen, dass Übertretungen eindeutiger identifiziert werden, weil alle wissen, welches Verhalten erwünscht oder kritisierbar ist und ggf. sanktioniert wird. Damit die Regeln auch den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen entsprechen, sollten diese in die Regelfindung eingebunden werden.

Möglichkeiten der Beschwerde und Beteiligung von Teilnehmer*innen sowie Gruppenleitungen während und im Nachgang der Maßnahme besprechen.

Macht diese transparent gegenüber Teilnehmer*innen und Erziehungsberechtigten.

Vorgehensweise bei Hinweisen oder Beobachtung von Grenzverletzungen und Übergriffen besprechen

Zuständigkeiten und Meldewege innerhalb der eigenen Leitungsstruktur müssen geklärt sein: Wer ist Träger? Wer ist Leitung? Wann sollen auch Eltern informiert werden? Schnittstellen sollten bedacht werden: Wann sind die Ansprechpersonen der Diözesanebene oder der Gemeinde zu informieren? Wo gibt es beratende Unterstützung z.B. durch Präventionskraft oder Beratungsstelle im Falle des Falls. Zuständigkeiten und Meldewege sollten notiert werden, sodass im Krisenfall darauf zurückgegriffen und angemessen gehandelt werden kann.

Institutionelles Schutzkonzept (ISK) zur Hand nehmen

Auf der Basis des ISK sollten neben einem Erfahrungsaustausch auch der Verhaltenskodex, vorgesehene Maßnahmen sowie Interventionswege gemeinsam besprochen und auf die konkrete Veranstaltung angepasst werden.